

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

54. Jahrgang

31. März 2023

Unbefristeter Streik: Menschen vor Profite

Am 14.12. haben die Beschäftigten des Universitätsklinikums Gießen Marburg (UKGM) ihre Forderungen nach einem Tarifvertrag Entlastung und Beschäftigungssicherung der Klinikleitung und der Landespolitik übergeben und ein 100 Tage Ultimatum gestartet. 4163 Kolleginnen und Kollegen hatten mit ihrer Unterschrift erklärt, in einen machtvollen Streik für ihre Forderungen eintreten zu wollen, falls sich bis zum 24.03. nichts Substantielles bewegt. Das Ultimatum ist abgelaufen, ohne, dass sich etwas an den miserablen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessert hat.

Seit 27.03. wird nun tatsächlich Ernst gemacht. Ver.di hat zu einem unbefristeten Streik am privatisierten Universitätsklinikum aufgerufen. Davon betroffen waren in den beiden ersten Tagen des Streiks die OPs, die Anästhesie, Herzkathederuntersuchungen, Radiologie und Neuro-Radiologie sowie die Endoskopie. Seit 29.03. sind weitere Beschäftigte zum Streik aufgerufen. In den ersten fünf Streiktagen sind drei Viertel der eigentlich geplanten Operationen ausgefallen und rund 40 Stationen mussten Betten schließen. Falls es auch in der nächsten Verhandlungsrunde, die am 30. oder 31.03. stattfinden soll, keine Annäherung der Positionen gibt, soll der Streik fortgesetzt und



noch weiter ausgeweitet werden. Angesichts von mehr als tausend Neueintritten in ver.di seit Beginn der Auseinandersetzung ist dies sicher keine leere Drohung.

Aus Sicht der Geschäftsführung des Uniklinikums und dem dahinterstehenden Asklepios Konzern ist der Streik „unnötig und unangemessen, weil er die Versorgung der Patientinnen und Patienten hochgradig gefährden würde“. Ein Blick in den Klinik-Alltag zeigt jedoch, **dass nicht der Arbeitskampf dafür verantwortlich ist. Stattdessen gefährdet der Personalmangel und die damit verbundenen Arbeitsbedingungen, schon seit Jahren das Wohl der Patienten.** Dies belegt auch eine Befragung unter 2500 Beschäftigten des UKGM. 95% der Befragten gaben an, dass die aktuellen Arbeitsbedingungen für sie in den nächsten Jahren nicht oder eher nicht tragbar sind und sie keine sichere Gesundheitsversorgung gewährleisten können.

Ungeachtet dieser - sowohl für Patienten als auch Beschäftigte prekären Situation - scheint die Unternehmensseite kein echtes Interesse zu haben, daran etwas zu ändern. Stattdessen beschwert man sich presserwirksam über die vermeintlichen Auswirkungen des Arbeitskampfes. Dabei hätte der Gesundheitskonzern jederzeit die Chance, den Streik zu beenden. Er müsste nur auf die grundlegenden Forderungen der Beschäftigten eingehen.

Die Geschäftsführung verweist lieber auf zusätzliche Personalkosten in Höhe von 150 Mio. Euro, falls die notwendigen 2.300 zusätzlichen Vollzeitstellen geschaffen werden und schiebt das Totschlagargument des vermeintlichen Fachkräftemangels nach. Es gibt jedoch keinen Mangel an Fachkräften im Gesundheitswesen. Was existiert, ist ein Mangel an Fachkräften, die unter den aktuellen Bedingungen im Krankenhaus arbeiten wollen. Dass es auch anders geht, zeigt ein Blick nach Berlin. Mit besseren Arbeitsbedingungen können erfolgreich Pflegekräfte gewonnen werden. Die Charité hat im ersten Jahr nach der Einführung des Tarifvertrages Entlastung mehr als 500 Pflegekräfte einstellen können.

Ulf Immelt,
DGB -Gewerkschaftssekretär

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Weniger Personal – schlechtere Behandlung



Was die vergangenen Wochen an unserem Klinikum passiert, ist wunderbar und dringend nötig: Die Kolleg*innen fordern mit Nachdruck einen Tarifvertrag Entlastung und Beschäftigungssicherung. Kernforderung sind eine schichtgenaue Personalberechnung und ein Belastungsausgleich bei Nichteinhaltung sowie Ausgliederungsverbot und Kündigungsschutz für alle Beschäftigten. Für „unnötig und unangemessen“ hält den Streik nur der private Konzern. Die Solidaritätsbekundungen aus Politik

und Gesellschaft sind zahlreich. Es scheinen sich alle einig zu sein, dass bessere Arbeitsbedingungen am Klinikum ein Gewinn für die Allgemeinheit sind. Dies ist in der Tat auch so: Es ist vielfach wissenschaftlich belegt, dass eine unzureichende Personalausstattung zu einem schlechteren Behandlungsergebnis führt. Mit den Tarifverträgen Entlastung haben Krankenhausbeschäftigte bundesweit einen Weg gefunden die eigenen Arbeitsbedingungen in den Mittelpunkt zu stellen und gleichzeitig die Versorgungsqualität für alle zu verbessern.

(...) Nun sind die Kolleg*innen im Streik, weil bisher noch kein Tarifvertrag da ist. Mit über 1.000 neuen Gewerkschaftsmitgliedern und einem guten Organisationsgrad scheinen die Kolleg*innen auch durchsetzungsfähig zu sein.

Der Streik richtet sich nicht nur gegen das UKGM, sondern adressiert auch die Politik. Mit der Einigung über Investitionen hat die hessische Landesregierung dem UKGM viele Millionen zugesagt.

Im Gegenzug muss das UKGM selbst Geld investieren und gewisse soziale Schutzmechanismen für die Beschäftigten garantieren – eigentlich sollten Ausgliederungen und Kündigungen dort, wo öffentliches Geld fließt, ohnehin verboten sein. Diese Garantie hat aber einen Schönheitsfehler: Für die Kolleg*innen der UKGM Service GmbH gilt weder Ausgliederungsverbot noch Kündigungsschutz. Hier setzen die aktiven Kolleg*innen an und fordern den gleichen Schutz für alle am Klinikum. Denn wie heißt es so richtig: Krankenhaus ist Teamarbeit!

Fabian Dzewas-Rehm,
Gewerkschaftssekretär, ver.di



Streik – die Rhön AG bekommt Druck

Die Zeit ist abgelaufen. Wie angekündigt traten die Beschäftigten in den Streik. Die Patienten bleiben nicht unversorgt, es gibt Vereinbarungen, die deren Wohl sichern. **Die streikenden Pflegerinnen und Pfleger verdienen jede Solidarität.** Sie streiken nicht nur für sich, sondern auch für die jetzigen und zukünftigen Patienten – das könnte jeder von uns sein.

Die Solidarität verweigert hat der Senat der Justus-Liebig-Universität. In einer Senatssitzung war ein Antrag für eine Solidaritäts-Resolution gestellt worden. Zur Behandlung als Dringlichkeitsantrag wäre ein 2/3-Mehrheit notwendig gewesen. Präsident Mukerjee lehnte eine Be-

handlung der Resolution ab. Der Senat sei nur für die Lehre zuständig, diese sei durch die Tarifverhandlungen nicht betroffen. Das ist falsch, denn durch die Arbeitsüberlastung leidet auch die Ausbildung der Studierenden. Die Medizinische Fakultät musste zum Ausgleich der mangelhaften Ausbildung am Krankenbett zusätzliche Angebote für Studenten schaffen. Die notwendige Mehrheit kam nicht zustande, die Solidarität blieb aus.

Die DKP wünscht den Streikenden am UKGM Durchhaltevermögen und viel Erfolg für ihren Streik!

Gernot Linhart

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantwortl.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen

E-Mail: giessen@dkp.de

Internet: www.giessen.dkp.de

Wählt Kommunisten! Wählt 